

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 23

Artikel: Sowjets fordern Meinungsforschung : "Wir wollen und von der Volksmeinung nicht so überraschen lassen wie unsere Kollegen in Polen"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094510>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Wir wollen uns von der Volksmeinung nicht so überraschen lassen wie unsere Kollegen in Polen»

Sowjets fordern Meinungsforschung

In der Sowjetunion erhebt die zentrale Parteipresse die Forderung nach systematischer Meinungsforschung. Neu dabei ist der politische Akzent. Meinungsumfragen zu allerhand gibt es in der UdSSR schon seit 20 Jahren. Nur taugen sie zugegebenerweise nicht viel, und gemeint ist heute ohnehin etwas anderes. Nämlich ein «Barometer», das die Stimmung im Lande anzeigen soll. Auf dass sie sich nicht plötzlich à la Polen auswirken könne. Eine bemerkenswerte, wenn auch vereinzelte Begründung.

Bloss: An die wirkliche Erforschung der wirklichen Volksmeinung denkt niemand. Denn das beabsichtigte (oder vage in Aussicht genommene) Umfragenprogramm soll dem Regime dazu behilflich sein, seine Meinungsvorschriften besser durchzusetzen. So beisst sich die Schlange in den Schwanz.

Trotzdem: Man fühlt sich im Kreml «seiner» Bevölkerung nicht mehr so sicher wie früher. Das Dilemma ist so: Man möchte einerseits gerne mit Schutzimpfungen dem polnischen Bazillus vorbeugen, aber man hat andererseits nicht weniger Angst vor dem Serum. Deshalb schnuppert man nur daran.

In der Sowjetunion ist ein riesiger Apparat aufgebaut worden, um die Leute an der Äusserung ihrer Meinung zu verhindern. Und dann wird der Sicherheitsdienst damit beauftragt, die Meinung der Leute auszuspionieren.

Das Paradox, auf das General Grigorenko seinerzeit hingewiesen hatte, verdeutlicht die speziellen Bedingungen, unter denen die Meinungsforschung in der Sowjetunion stattfinden müsste. Man schreibt den Leuten ihre Meinung vor, und man will sie gleichzeitig herausfinden.

Gesucht ein Barometer

Das hindert nicht, dass der Ruf nach Meinungsforschung heute in der Sowjetunion erhoben wird, bemerkenswerterweise vereinzelt sogar unter anderem mit der Begründung, dass man aus dem Fall Polens lernen müsse, wie gefährlich es sei, der Meinung der Öffentlichkeit keine Beachtung zu schenken.

An sich hat die Sowjetpresse sporadisch schon seit Jahren auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich über die Auffassungen in der Bevölkerung besser Rechenschaft zu geben und die Ergebnisse soziologischer Umfragen (die es zu diesem oder jenem Gegenstand durchaus gibt) in der ideologischen Arbeit des Alltags zu berücksichtigen.

Aber das Begehren erhält schon fast eine neue Dimension, wenn zum Beispiel die «Prawda» (25.9.1981) die Verbindung zu «Polen» herstellt. Der Autor R. Safarow nennt die dortigen Ereignisse ein Lehrbeispiel für die Ergebnisse, zu welchen man komme, wenn man der öffentlichen Meinung nicht genügend Aufmerksamkeit schenke.

Die öffentliche Meinung ist schon im Westen etwas anderes als die veröffentlichte Meinung, und im Osten geht es darum, ganz speziell die

unveröffentlichte Meinung aufzuspüren, die Summe privater Meinungen.

Safarow nennt in seinem längeren «Prawda»-Beitrag die öffentliche Meinung ein sensibles Barometer, das den Beobachter rechtzeitig vor Unwetter zu warnen vermöge:

«Dieses ‚Barometer‘ warnt häufig sofort und genau vor jenen Gegensätzen und Konfliktsituationen, die der Prozess der gesellschaftlichen Ent-

wicklung hervorbringt, weil er das System der Sozialbeziehungen komplizierter macht.» Wenn man das berücksichtige, unterstütze man das Funktionieren des politischen Systems mit der Zustimmung des Volkes. (Das Funktionieren des Systems ist Bedingung, die Zustimmung des Volkes immerhin erwünscht.)

«Kommunist», die Zeitschrift des KPdSU-Zentralkomitees, hatte ihrerseits schon vorher (in Nr. 13/1981) eine Art gesamtsojetischer systematischer Gallup-Umfragen befürwortet. Die Meinungsforschung sollte die wichtigsten Aspekte der Innen- und Aussenpolitik betreffen:

«Unsere Soziologen haben einen wichtigen staatlichen Auftrag erhalten, den Auftrag, ein wirksames landesweites System von Massenumfragen zu schaffen. Die Ergebnisse müssen genügend zuverlässig und repräsentativ sein, dass sie sich für die Parteiführung und Staatsverwaltung als verlässliche Hilfe in der Praxis erweisen.»

Fragen ohne in Frage zu stellen

Das Bedürfnis nach zuverlässiger und systematischer Information über die Ansichten und Auffassungen bei der Bevölkerung besteht in der Sowjetunion offensichtlich. Eine andere Frage freilich ist es, ob die Meinungsforschung unter den Bedingungen des Sowjetsystems überhaupt als «politisches Barometer» dienen kann.

Grundsätzlich und offiziell betrachtet sich die Partei als Vorhut des ganzen Volkes und spricht in seinem Namen. So betrachtet, besteht überhaupt kein Bedürfnis danach, das Volk in seinem eigenen Namen sprechen zu lassen.

Im Westen haben Meinungsumfragen ausgesprochen auch die Aufgabe, die Ansichten von Leuten zu eruieren, die mit der gegebenen Regierung oder auch mit der gegebenen Ordnung nicht übereinstimmen. In der Sowjetunion steht als ideologisches Axiom das Volk ohnehin auf der Seite des Systems. Wer gegen das System ist, wird als Feind des Volkes definiert und bestraft.

Einladung zum Abonnement

Zurückzusenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD** zu Fr. 39.- (Ausland sFr./DM 42.-). Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name Vorname

Strasse PLZ, Ort

Datum Unterschrift

Was kann unter diesen Umständen eine Volksbefragung sein?

Der schon erwähnte Safarow hat bei einer früheren Gelegenheit geschrieben:

«Auf keiner Ebene sucht die öffentliche Meinung (in der UdSSR) die Grenzen des politischen Systems zu überschreiten, denn dieses System ist der Spross der Arbeiterschaft selbst; es dient ihren Interessen und verteidigt sie. Die Konfliktsituationen zwischen progressiver öffentlicher Meinung und Staatspolitik, eine Konstante bourgeoisier Länder, sind in der sozialistischen Gesellschaft fundamental unmöglich. Ge-einigt durch übereinstimmende Lebensinteressen, durch das einheitliche Ziel und durch die gemeinsame Ideologie des Marxismus-Leninismus stimmen die Mitglieder einer sozialistischen Gesellschaft vollkommen der Politik der Kommunistischen Partei zu.»

Die gehabten Meinungsumfragen

Bei einer solchen Auffassung (und sie ist offiziell), die vor Falschheit stinkt, wird wenigstens ersichtlich, was Volksbefragung nicht sein darf. Was sie sein sollte, das ist ein Instrumentarium zur besseren Popularisierung der Regierungspolitik. Und die angeblich erwünschte Barometerfunktion? Höchstens für eine beschränkte Skala, die unstatthafte Klimaveränderungen nicht wahrnimmt.

Das hindert nicht, dass sogenannte «soziologische Umfragen» in der UdSSR möglich sind und tatsächlich durchgeführt werden. Es liegt wohl auch drin, dass sie etwas ausgeweitet und systematisiert werden können, ohne Infragestellung der herrschenden Ordnung und der jeweiligen Parteipolitik.

Was sind denn die Meinungsumfragen, die in der Sowjetunion möglich sind?

Die sowjetische Presse der letzten Jahre gibt uns Auskünfte über die Thematik von Erhebungen, die man meist im lokalen oder regionalen Rahmen vorgenommen hat. Zum Beispiel: Die Leistungen der (gewöhnlichen) Polizei. Die Leistungen von Lokalbehörden. Die Führungsqualitäten in bestimmten Institutionen und Unternehmungen. Hierüber trachtete man mittels Fragebögen die Meinungen der Bürger in Erfahrung zu bringen.

Das scheint gar nicht so schlecht zu sein. Zu berücksichtigen ist indessen, dass die Umfrage jeweils so abgefasst ist, dass sie Kritik am System ausschliesst.

Hinzu kommt jede Menge von «Verwertungsschwierigkeiten», die von der sowjetischen Fachkritik übrigens durchaus zugegeben oder auch angeprangert werden. Mit der Ermittlung beauftragt sind häufig die gleichen Stellen, über deren Leistungsgüte sich die Bürger äussern sol-

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

len. Im Ergebnis werden für den Rechenschaftsbericht nur die positiven Wertungen berücksichtigt, während die negativen «im Safe verschwinden». Oder wenn eine Umfrage egal zu welchem Thema gar Antworten zutage fördert, die Zweifel an der Tätigkeit der Parteikomitees erkennen lassen, lässt man die ganzen Ergebnisse der Erhebung einfach verschwinden. («Sowjetskaja Rossija», Moskau, 28. 4. 1981)

Auslandsspiegel am Exempel

Für einen grossen thematischen Sektor gibt es noch eine systemgeschaffene Problematik grundsätzlicher Art. Der Sowjetbürger mag zwar über die Arbeit der Polizei seine eigene Meinung haben und vielleicht sogar zum Teil äussern, aber wie steht es mit seiner Möglichkeit zur eigenen Meinungsbildung bei «Sektoren», für die ihm nur die Einheitsinformation des Regimes vorliegt?

Das betrifft beispielsweise und insbesondere das Bild, das sich der Sowjetbürger vom Ausland macht. Es hat auch zu diesem Thema Ermittlungen gegeben, und sie nehmen sich auf eine seltsame Weise interessant aus.

In der Stadt Taganrog hat man 977 Bürger über ihre Vorstellungen vom Ausland befragt. Die Publikation «Die Information der Massen in einer sowjetischen Industriestadt» (russisch, Moskau 1980) berichtet darüber.

Zur Frage «In welchem ausländischen Land hat man nach dem Krieg den höchsten Lebensstandard erreicht» gab es folgende Antworten (man konnte auch mehrere Länder nennen; deshalb kommt man in der Addition auf mehr als 100 Prozent):

Tschechoslowakei	55%
USA	19%
DDR	17%
Schweden	12%
Bulgarien	8%
Westdeutschland	6%
Schweiz	6%
Keine Antwort	5%

Und in welchem ausländischen Land hat sich im gleichen Zeitraum die Demokratie am meisten entwickelt? Antworten:

Tschechoslowakei	44%
Frankreich	16%
Bulgarien	14%
DDR	9%
Polen	8%
Jugoslawien	4%
Italien	3%
Keine Antwort	13%

In welchen ausländischen Ländern sind im gleichen Zeitraum die politischen Freiheiten der Staatsbürger besonders missachtet worden? Antworten:

Griechenland	64%
USA	53%
Spanien	19%
Westdeutschland	18%
China	16%
Südafrika	7%
Portugal	7%
Keine Antwort	1%

Das Datum der Erhebung teilt die letztes Jahr veröffentlichte Schrift nicht mit, aber wenn man an die Reizworte Griechenland, Portugal und Spanien denkt (=Obristenregime, Salazar und Franco), muss die Umfrage vor etlichen Jahren stattgefunden haben. Abgesehen davon lassen die Antworten auf die drei Fragen darauf schliessen, dass der befragte Sowjetbürger mehr Spielraum zu einer eigenen Meinung hatte, wenn es um positive Bewertungen ging, wogegen die negativen Bewertungen ganz einfach die Propagandaschablonen der Sowjetmedien zurückspiegeln. Und natürlich kann man nicht wissen, wie die für andere Fälle ja zugegebene Praxis, Unpassendes wegzulassen, auch hier mitgespielt hat.

Heute jedenfalls wird in der zentralen Parteipresse die Forderung nach vermehrter, verbesserter und systematisierter Meinungsforschung erhoben. Wozu eigentlich, wenn die Partei ja doch definitionsmässig ohnehin das macht, was das Volk will? rl

Anlagehefte 5% (ab 1. 1. 1982)
Kassa-Obligationen 7%

Anlageplus

(Die City Bank gehört zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt)

Festgeldkonti ab Fr. 25000.-

Mehr Zins - Mehr Sicherheit.
Die Formel für den klugen Anleger.

Coupon
Bitte senden Sie mir Ihre Unterlagen über Anlageplus. Einsenden an City Bank, Talstrasse 58, 8021 Zürich, Telefon 01 211 7611

Name _____ Vorname _____
Strasse _____ ZB _____
PLZ/Ort _____